



# Informationen und Positionen

Im Internet: [www.linkes-buendnis-dortmund.de](http://www.linkes-buendnis-dortmund.de)  
c/o Oesterholzstraße 27 44145 Dortmund Tel: 0231.814709

Parteilose Linke, DKP und SDAJ

Spendenkonto: 181033169 Sparkasse Dortmund (44050199)

Schwarz auf Weiß - Informationen für Dortmunder/innen von "Linkes Bündnis Dortmund" Mai/Juni 07

## Sitzung des Rats am 10. Mai

*Zur Erinnerung: Dies ist kein Protokoll - es werden nur ausgewählte Tagesordnungspunkte aus der Sicht des Ratsmitglieds Wolfgang Richter für "Linkes Bündnis Dortmund - Parteilose Linke, DKP und SDAJ" festgehalten und kommentiert. Das offizielle Protokoll kann später in der Internetseite der Stadt Dortmund eingesehen werden.*

## Dringlichkeitsantrag zum 1. Mai

*Aufgrund der Ereignisse am 1. Mai in Dortmund stellten Linkspartei.PDS und "Linkes Bündnis Dortmund - Parteilose Linke, DKP und SDAJ" Dringlichkeitsanträge, die Situation im Rat der Stadt politisch zu würdigen. So lautete der des Linken Bündnis Dortmund:*

Politische Erklärung nach dem 1. Mai 07 in Dortmund

Angesichts

- der Schändung des 1. Mai 2007 in Dortmund durch einen Naziaufmarsch,
- der unübersehbar gewordenen Hilflosigkeit der Politik des Verharmlosens,
- der Hilfsbereitschaft der Polizeiführung für Aufmarsch und Kundgebung der Nazis,
- der Behinderung des demokratischen Widerstands durch die Polizeiführung

und eingedenk

- der klaren Mai-Reden von Oberbürgermeister und Gewerkschaftsvorsitzenden

zieht der Rat der Stadt Dortmund politische Konsequenzen und beschließt,

- sich für die Ablösung des untragbar gewordenen Polizeiführers Dortmund einzusetzen,
- politisch und finanziell die Arbeit der antifaschistischen Gruppen in Dortmund zu fördern,
- die Initiative für das Verbot der NPD und aller NS-Nachfolgeorganisationen ideell und materiell zu unterstützen.

Begründung: In den Reden der Kundgebung am 1. Mai fanden Oberbürgermeister und Gewerkschaftsvorsitzende klare und eindeutige Worte zur Notwendigkeit des Kampfes gegen das Aufkommen neuen Nazismus. In unserer Stadt muss nun endlich auch klar und eindeutig gehandelt werden: Das Verharmlosen beenden!

Das "Linke Bündnis Dortmund - Parteilose Linke, DKP und SDAJ" bekräftigt angesichts der Ereignisse am 1. Mai seine Forderungen:

- Gemeinsam Widerstand leisten gegen alte und neue Nazis!
- Antifaschistische Arbeit politisch und finanziell fördern!
- NPD und alle NS-Nachfolgeorganisationen verbieten!

Die Begründung der Dringlichkeit liegt in der Aktualität der Geschehnisse und der politischen Notwendigkeit, zeitnah Folgerungen zu ziehen.

Mündlich zur Begründung der Dringlichkeit: Die Stadt braucht jetzt unmittelbar ein klares Wort des Rates zu den Geschehnissen am 1. Mai und eine eindeutige politische Position des Rates gegen die Aufmärsche von Nazis und ihre Parolen. Viele Bürgerinnen und Bürger sind verunsichert, was sie sich in ihren Wohngebieten noch alles bieten lassen müssen, viele Gewerkschafter und Gewerk-

schafterinnen sehen ihre Aufgaben und Ziele verraten und verteufelt, viele Jugendliche zweifeln an ihren Idealen und sehen keinen Weg, ihrem Widerstand Ausdruck zu geben. Die Dortmunder und Dortmunderinnen fragen sich, was sie und ihr Lebensraum im massiven Polizeieinsatz dafür, dass Verfassungsgegner sich austoben dürfen, überhaupt noch gelten. In Reportagen, in gedruckten und nicht gedruckten Leserbriefen wird ja eindringlich und im Detail geschildert, welcher Ausnahmezustand in Teilen Dortmunds bestand, ohne ausgerufen worden zu sein, wie darin demokratische Idee und Praxis verloren gingen, wem auf jede denkbare Weise skandalös geholfen wurde und wer auf jede denkbare Weise skandalös gehindert wurde, seinen Protest einzulegen.

Ist es nicht dringlich, in diesem Haus deutlich zu sagen, dass wir uns unsere Stadt nicht nehmen lassen von alten und neuen Nazis? Es ist unerträglich, dass Verfassungsfeinde in der Stadt volksverhetzende Parolen brüllen und skandieren dürfen "Dortmund ist unsere Stadt" - ist es nicht dringlich, von dieser Stelle aus zu rufen: Schluss damit? Ist es nicht dringlich, hier in aller gegebenen Verantwortung zu beschließen, den politischen Kampf gegen die Nazis möglichst gemeinsam aufzunehmen? Ist es nicht dringlich, zu erkennen, dass dies bisher nicht genügend und nicht richtig getan worden ist und daraus Folgerungen zu ziehen?

Ich spreche hier nur zur Dringlichkeit - zur Beratung des Antrags selbst, womöglich seiner Verbesserung, können wir kommen, wenn Sie seine Dringlichkeit anerkennen. Die Menschen in der heimgesuchten Stadt, die Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen nach ihrem versauten 1. Mai, die Jugendlichen in ihrer Suche nach Widerstandsformen erwarten, dass Sie dies tun.

Beiden Anträgen wurde die Dringlichkeit bestritten, so dass der Rat zur Tagesordnung übergehen "konnte". Nach den skandalösen Ereignissen am 1. Mai selbst ist dies der zweite Skandal. Ausgerechnet die Grüne Fraktion sah keine Notwendigkeit zur Debatte im Rat und kündigte an, sie werde demnächst zu einer entsprechenden Veranstaltung einladen ...

## "Arbeitsmarktpolitik"

SPD/Grüne hatten mit dem zynischen Titel "Arbeit für Dortmund" kurzfristig eine Beschlussvorlage eingebracht, die das Ziel hatte, die Verwaltung mit der Vorbereitung eines sogenannten "3. Arbeitsmarkts" in Dortmund zu beauftragen. Die Vorlage kann im Internet (siehe oben) eingesehen oder bei den Fraktionen angefragt werden.

Wortmeldung: Gestern hat Heiner Geißler, den ja manche hier sicher noch kennen und schätzen, in einer Tageszeitung geschrieben: "Früher haben wir gefordert "Freiheit statt Sozialismus" - heute müssen wir fordern "Freiheit und Solidarität statt Kapitalismus". Darauf werde ich zurückkommen.

Ich behandle hier nur den Antrag von SPD/Grüne zu "Arbeit für Dortmund", weil er ein zentrales Problem der Arbeits- und Sozialpolitik aufgreift.

SPD/Grüne fordern hier die Einführung einer zwangswise staatlichen Beschäftigung für die erwerbsfähigen Menschen, die der erste Arbeitsmarkt nicht mehr haben will. Sie wissen, dass sie damit fordern, was die neoliberale

len Thinktanks vorgedacht haben und was die Bundespolitik versucht, in eine gesetzliche Form zu bringen:

- das Ablösen der arbeitsmarktpolitisch sinnlosen, sozial stigmatisierenden und schwierig zu organisierenden Ein-Euro-Jobs durch ebensolche aber dauerhafte Arbeitsgelegenheiten,
- das Einbeziehen aller Menschen, die irgend erwerbsfähig sind, deren Fähigkeiten aber nicht abgefragt werden, in dieses Prinzip staatlicher Unterbringung und das Herunterfahren der Sozialleistungen - bei denjenigen, die sich nicht einfügen, auf Null,
- das Ausweiten und Verfestigen von Gesellschafts- und Sozialstrukturen, die antidemokratisch in oben und unten einteilen – oben voll erwerbsfähig, frei am Markt verfügbar und unten gemindert erwerbsfähig, aus dem Markt sortiert,
- das Befreien des großen Kapitals von der Verantwortung für die Reproduktion des Gemeinwesens und für die Bewahrung seiner, des Gemeinwesens Zukunftsfähigkeit.

SPD/Grüne tun nun so, als wollten sie den schlimmsten Auswüchsen in dieser aktuellen Ausrichtung des Kapitalismus einen Riegel verschieben und die Dinge hier menschlich, sozusagen rosé-hellgrün gestalten und von der Verwaltung regeln lassen:

- In Wahrheit setzen Sie wieder den Herrn Oberbürgermeister auf das Tier, mit dem er - in seinen Worten "im Schweinsgalopp" - die neuen für den "Konzern Stadt Dortmund" günstigen Möglichkeiten schnellstens einrichten will,
- In Wahrheit kennen Sie den hochoffiziellen Forschungsbericht der Agentur für Arbeit zu den Ein-Euro-Jobs, in der sie selbst die Unwirksamkeit der Arbeitsgelegenheiten und ihre schädlichen Begleitfolgen repräsentativ darstellt,
- in Wahrheit können Sie auch die etwa gleichzeitige empirische Untersuchung in Dortmund kennen, die in den Ein-Euro-Jobs das Ablösen sozialstaatlicher Prinzipien durch solche mit Verpflichtung zur Dienstleistung skizziert,
- in Wahrheit hängen Sie am geistigen Tropf der meinungsmachenden Bertelsmannstiftung, die das große Kapital von allem Sozialklimbim befreien hilft und die Kommunen mit Strategien beliefert, mit ihrer Privatisierung und eigenen Entmachtung klar zu kommen.

Das Programm der Verwaltungsspitze für den Konzern - "Verwaltung 2020" - spiegelt diese Programmatik aufs Genaueste wider – einerseits Vernichten qualifizierter Arbeitsplätze und darin qualifizierter Arbeit und andererseits Einrichten von unbewerteten und unausgestatteten "Arbeitsgelegenheiten" und darin erzwungener Dienstleistung. Das Eine geht nicht ohne das Andere.

In meiner, also in marxistischer Sicht handelt es sich um einen Prozess, der die Charakteristika des Kapitalismus selbst angreift – er sorgt nicht mehr für seine eigene Reproduktion,

- weder für die betriebliche – Ausbildung und Technologie hinken den Erfordernissen angemessener Produktivitätseinfaltung immer weiter hinterher, die Ware Arbeitskraft wird vernachlässigt oder gar nicht weiter genutzt, Dumping aller Qualitäten ist die unausweichliche Folge,
- noch für die gesellschaftliche – die dem öffentlichen Sektor überlassenen Aufgaben der Reproduktion können von ihm, der gezielt ausgepowert wird, immer weniger "erledigt" werden, immer größere Anteile von Konsumtion fallen aus dem Warensystem heraus, Dumping aller Qualitäten ist die unausweichliche Folge.

Das kommt nicht erst irgendwann, das ist im Gang und zu sehen. Insofern ist das Entwickeln eines 3. Markts – ich

mag den Begriff Arbeit oder Beschäftigung dafür nicht benutzen, auch der Begriff Markt ist natürlich unpassend, vielleicht wäre "Flohmarkt" der dafür richtige Begriff. Allerdings ist nichts Lustiges an der zynischen Entwicklung, der die Gesellschaft als ein soziales Gemeinwesen und die Menschen aus dem Blick geraten ist.

SPD/Grüne hier und CDU/FDP im Land und SPD/CDU in Bund sind zu fragen, wie groß sie sich diesen ihren Flohmarkt eigentlich vorstellen? Ernst zu nehmende Studien sagen aus, dass es nicht mehr sehr lange dauern wird, bis unter den gegebenen Verhältnissen 80% der erwerbsfähigen Bevölkerung "überflüssig" gemacht sein werden. Sich darauf mit solchen Vorschlägen wie den Ihren vorzubereiten, dürfte aussichtslos sein. Andere Vorschläge werden längst in der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung diskutiert und vorgeschlagen:

- Radikales Kürzen der Arbeitszeit für alle, sofortiger Einstieg mit der 30-Stunden/Woche,
- existenzsicherndes Erwerbseinkommen und "gute Arbeit" für alle,
- Verpflichten der privaten und öffentlichen Unternehmen zu ihrer Reproduktion einschließlich der Integration der "erwerbsunfähig" oder "überflüssig" gemachten Menschen auf der Basis von Tarifverträgen und Gesetzen,
- Rücknahme des gesellschaftlichen Ausschlusses von Menschen statt ihrer weiteren und immer tieferen Stigmatisierung.

Ich empfehle Ihnen, die Diskussion draußen genauer zu verfolgen. Erschütterungen über die soziale Entwicklung hierzulande werden größer, immer häufiger wird an abgewinkelte Arbeits- und Sozialbeziehungen in der DDR erinnert, da lohnt es sich vielleicht auch für Sie, die Integrationsbemühungen, die Verbindung von Betrieben mit der Gesellschaft, die Koordinierung von Produktion und Reproduktion zu studieren, vielleicht kommen Sie auf neue Gedanken.

Der Kapitalismus und die Warenproduktion und –konsumtion scheinen ja nicht mehr so richtig zu klappen, vielleicht haben Sie die Hoffnung, das Problem löst sich auf diese Weise von allein. Von dieser Art Verelendungstheorie halte ich nichts, am Ende ihrer Praxis, alles laufen zu lassen, leuchtet keine humane Gesellschaft auf – die will gestaltet sein.

Der Antrag von SPD/Grünen ist auch insofern obsolet, als die Verwaltung längst von ihrem Vorstand beauftragt worden ist, einen 3. Markt im Haus im Vorgriff auf gesetzliche Regelungen zu planen und den Kontext zur "Verwaltung 2020" herzustellen. Erste Forderung muss sein, diese Planungen offenzulegen. Zweite Forderung muss sein, Gutachten im Interesse der Beschäftigten einzuholen, das ja immer auch das Interesse "der Kunden" ist. Dritte Forderung der Mehrheitsfraktionen, diesmal an sich selbst, hätte es zu sein, Alternativen zu denken und eine vorzuschlagen. Diese Vorlage tut dies nicht sondern schwimmt im Mainstream einer falschen Arbeits- und Sozialpolitik mit.

Deshalb kann ich für "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen, sondern werde sie ablehnen.

Ergebnis: Nach langer heftiger Debatte wurde die Beschlussvorlage von SPD/Grünen mit großer Mehrheit angenommen – auch Die Linke.PDS stimmte nach ausführlicher Begründung zu: Ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt habe schon immer zu den Grundforderungen der Linken gehört, endlich seien auch SPD/Grüne dafür – das Bohren dicker Bretter habe sich gelohnt (Wolf Stammnitz).

## Erklärung zu den Ereignissen am 1. Mai 2007 in Dortmund

Dortmund am 3. Mai

Der 1. Mai in Dortmund war neben dem Einsatz für alle notwendigen gewerkschaftlichen Forderungen vor allem zum gesetzlichen Mindestlohn, zu deutlichen Lohnerhöhungen und gegen die Rente mit 67 geprägt von Widerspruch und Widerstand gegen einen provozierenden Aufmarsch von NPD und anderen Neonazis in der Stadt. Es gelang einer breiten Mehrheit, den Neonazis den Tag gründlich zu verderben und sie räumlich und zeitlich stark einzuschränken. Vertreter des DGB und der Gewerkschaften bezogen unmissverständlich Position gegen die Provokationen der Neonazis und schlossen sich der Forderung nach einem Verbot der NPD an.

Das "Linke Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" hat sich an den Veranstaltungen des DGB zum 1. Mai mit einem vielgelesenen Flugblatt, einem vielgetragenen Button (dessen Motiv im Flugblatt verwandt wurde und auch auf Großflächen am Rathaus und in Brackel zu sehen war), mit Transparent und Infostand engagiert und deutlich sichtbar beteiligt.

Das "Linke Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" hat sich auch an dem "Antifaschistischen Mahngang" von VVN/BdA, "Bündnis Dortmund gegen Rechts" und zahlreichen Gewerkschafter/innen beteiligt, der den Internationalen und Jüdischen Friedhof, die in Brackel verlegten "Stolpersteine" und das Denkmal sowie die Gedenktafel in der Ortsmitte miteinander verband. Die Orte des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus sollten vor dem geplanten Aufmarsch der Neonazis geschützt werden. Die Anmeldung dieses Mahngangs gehörte zu den Gründen, aus denen heraus die geplante Marschroute der Neonazis verkürzt wurde, sodass sie hier nicht ankommen konnten.

Angesichts der gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Stadt bekräftigen wir unsere Auffassung, dass der politische Kampf gegen das Erstarken der Neonazis in unserer Stadt von Politik, Verwaltung und Polizei nicht konsequent geführt wird. Im Gegenteil: Aufmarsch und "Maifeier" der Neonazis wurden nicht nur wie gewohnt martialisch vor dem Protest der Bürger/innen, Gewerkschafter/innen und Antifaschist/innen geschützt. Das Vorhaben der Neonazis wurde auch noch gefördert:

- Die Nutzung des öffentlichen Platzes, seine fürsorgliche und womöglich gebührenfreie Bereitstellung und Reinigung wurden mit den faschistischen Anmeldern einvernehmlich ausgehandelt,
- die bei der Anreise randalierenden und aggressiv gegen die sie begleitenden Beamten anstürmenden Nazis wurden nicht massenhaft festgesetzt und erhielten keine Platzverweise,
- die große Schwierigkeit der Neonazis, zu ihrem Aufmarschplatz und ihrem "Festplatz" zu gelangen, wurde dadurch aufgefangen, dass Busse für sie bereitgestellt und gefahren wurden, womöglich kostenfrei.

In der Vorbereitung des 1. Mai hatten sich Polizei, Politik und Verwaltung für die Zulassung und Förderung von Gegenveranstaltungen entschieden, die weitab vom Geschehen stattfanden. Gegendemonstrationen, die das unmittelbare Gegenüber als ihr demokratisches Recht suchten, wurden nicht zugelassen und schon gar nicht gefördert.

Bei dieser falschen Strategie ist es nicht verwunderlich, sondern vorhersehbar, dass vor allem junge Menschen in die für sie, ihre rigorose Moral und ihr unangepasstes Handeln aufgestellte Falle laufen, Widerstand, Wut und Trauer anders auszudrücken als ihnen vorgeschrieben

wird. Sie sind letztlich Opfer dieser Strategie, für die Polizei, Politik und Verwaltung die Verantwortung tragen.

In unserer Stadt muss endlich gehandelt werden: Das Verharmlosen beenden! Das "Linke Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" bekräftigt angesichts der Ereignisse am 1. Mai seine Forderungen:

- Gemeinsam Widerstand leisten gegen alte und neue Nazis!
- Antifaschistische Arbeit politisch und finanziell fördern!
- NPD und alle NS-Nachfolgeorganisationen verbieten!

## Solidaritäts-Erklärung für die Streikenden bei Telekom und für ver.di

Dortmund, den 21. Mai 2007

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das Linke Bündnis Dortmund - Parteilose Linke, DKP und SDAJ - unterstützt Euren Streik gegen Arbeitsplatzvernichtung, Zerschlagung und Lohndrückerei und erklärt sich solidarisch mit Euch und Euren Familien.

Mehr als 3,1 Milliarden Euro schüttet Telekom an ihre Anteilseigner aus. Dafür sollen im Gegenzug 50.000 Telekom-Mitarbeiter Geld hergeben, um die Gier der Aktionäre zu befriedigen. Eure Zukunft und Eure Arbeitsplätze bedeuten ihnen nichts, der höchstmögliche Profit bedeutet ihnen alles.

Telekom ist – wie VW, Allianz oder Siemens – ein Symbol für den Angriff der Konzerne auf die Rechte der Beschäftigten und auf die Gewerkschaften. Es ist das Symbol für die wachsende Unsicherheit, in die jede/r in seinem Beruf und seiner Familien- und Lebensplanung gestürzt werden kann.

Die Großaktionäre der Telekom eignen sich an, was Generationen von Frauen und Männern - Arbeiter, Angestellte und Beamte gemeinsam mit ihrer Arbeit, Ingenieure mit ihrer Kreativität an Werten geschaffen haben. Sie eignen sich diesen Reichtum an und wenden ihn gegen Euch. Sie setzen diesen Reichtum in politischen Einfluss um, um ihren Profit noch weiter zu vergrößern.

In dieser Auseinandersetzung wird deutlich: Demokratie darf nicht am Werkstor enden! Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften brauchen wirksame Mitbestimmungs- und Vetorechte, damit Ausgliederungen, Firmenzersetzungen und Auslandsverlagerungen, die nur zur Profitmaximierung vorgenommen werden, verhindert werden können.

Ihr seid es nicht, die „egoistische Sonderinteressen“ oder „Besitzstände“ verteidigt! Ihr vertretet das, was das Leben der Menschen ausmacht: sinnvolle Arbeit und Ausbildung, soziale Sicherheit und Demokratie, Solidarität und Entfaltung der Persönlichkeit.

Euer Kampf trägt dazu bei, die Weichen zu stellen, ob diese Gesellschaft noch mehr nach den Vorschlägen von McKinsey und den Interessen des großen Geldes umgestaltet wird oder ob die Interessen der arbeitenden Menschen berücksichtigt werden und ob in diesem Land die Kräfte gestärkt werden, die der gesellschaftlichen Entwicklung eine solidarische und demokratische Richtung geben wollen.

Bleibt entschlossen und geschlossen, dann wird sich die Telekom an Euch eine blutige Nase holen! Davon hätten alle was im Land: Ihr werdet zeigen, wie man sich erfolgreich wehren kann!

In Eurem Kampf gegen diese skrupellose und arrogante Konzernspitze wünschen wir Euch viel Erfolg!

Gez. Doris Vorderbrügge, Sprecherin, Udo Stunz, Sprecher, Wolfgang Richter, Ratsmitglied

## Abbruch des FZW

- das Neue wird etwas Anderes sein

Leserbrief zu den Berichten über das geplante "FZW"

Dortmund, den 24.05.07

Als das FZW im Neuen Graben zum Abbruch freigegeben und ein neues in citynaher Lage versprochen wurde, war klar, dass es nie wieder werden würde, was es war – das Freizeit Zentrum West. Ein Multi-Funktions-Haus mit kleinem Saal und vielen anderen Räumen – voller Möglichkeiten für Kinder- und Jugendarbeit und –kultur. Ja, die Freizeit der Jugendlichen veränderte sich, Bühne und Saal wurden wichtiger, Musik-Gruppen drängelten sich, experimentierten, wurden anspruchsvoller, Geld spielte eine immer größere Rolle, die Jugendlichen wurden älter ... Aber es blieb in allem doch ein Stück Jugendkultur und –arbeit im Viertel, dessen Name auch über den Ort hinaus strahlen konnte.

Der Widerstand im Viertel gegen den Abbruch war da, aber zu schwach, und die warnende Gegenstimme des Linken Bündnis Dortmund im Rat war leicht zu überstimmen. Heute gibt es die widersinnige Situation, dass im Viertel ein Haufen neuer Wohnungen entstanden ist, aber der Raum für Jugendarbeit und –kultur vernichtet wird.

Was an anderer Stelle entstehen soll, ein neuer Konzertsaal mit einem Feigenblatt Jugendarbeit, ist eine rein kommerzielle Aktivität mit dem stieren Blick auf gewinnbringende "Kultur" in einem wohnungspolitischen Niemandsland am Rande der City. Es heizt einen längst begonnenen Verdrängungswettbewerb in diesem Genre weiter an. Ob das vom Jugend- oder Kulturamt der Stadt, von der AWO oder gleich von kommerziellen Nutzern betrieben wird, erscheint angesichts der desolaten Strategie der kommunalen Sozial- und Kulturpolitik des "Konzerns Stadt Dortmund" fast austauschbar und – leider muss man es sagen - eigentlich egal.

Begraben wird so auf jeden Fall eine Jugendpolitik vor Ort, für die das FZW ein in aller Widersprüchlichkeit beachtetes Markenzeichen gewesen ist. Das neue Markenzeichen wird saalfüllende Provinzialität suchen müssen und nichts ausstrahlen können. Von Jugendkultur und –arbeit zu schweigen.

Gez. Wolfgang Richter

Medien-Echo: Westfälische Rundschau, Abdruck gekürzt am 25. Mai, Ruhr Nachrichten, Abdruck gekürzt am 7. Juni

## Sitzung des Rats am 14. Juni

*Zur Erinnerung: Dies ist kein Protokoll - es werden nur ausgewählte Tagesordnungspunkte aus der Sicht des Ratsmitglieds Wolfgang Richter für "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" festgehalten und kommentiert. Das offizielle Protokoll kann später in der Internetseite der Stadt Dortmund eingesehen werden.*

## Anfragen und Antworten

Entwicklung der personellen Situation in der ARGE

Anfrage: ... im Jahresbericht 2006 der ARGE wird "der personelle und organisatorische Aufbau der ARGE Ende 2006 als weitgehend abgeschlossen" beschrieben. Kurze Zeit danach muss gefragt werden, ob mit dieser Feststellung der personelle und organisatorische Abbau eingeläutet worden ist.

Ein großer Teil der Beschäftigten in der Vermittlungstätigkeit – ca. 75 % - hat seit 2005 lediglich auf zwei Jahre befristete Verträge erhalten. Diese Vertragsverhältnisse laufen zu großen Teilen, beginnend ab 31. August in die-

sem Jahr aus. Nur ein kleiner Teil dieser Verträge soll in unbefristete Stellen umgewandelt werden.

Namens "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" frage ich:

1. Welche arbeitsorganisatorische und beschäftigungspolitische Konzeption verfolgt die ARGE mit und gegenüber ihren Beschäftigten?
2. Trifft es zu, dass die ARGE derzeit ein Defizit im Budget ausweist? Wenn ja, wie sind diese Etatüberschreitungen zu erklären und welche Schritte zur Konsolidierung sind geplant?
3. Wie viele unbefristete und wie viele befristete Beschäftigungsverhältnisse (vzv) hatte die JobCenterARGE Anfang 2007 und jeweils wie viele wird sie Mitte 2007 und wie viele Ende 2007 haben?
4. Wie hoch ist der Anteil der nicht entfristeten bzw. nicht zur Entfristung vorgesehenen Verträge an allen Verträgen? In welchen Bereichen der Personalstruktur liegen sie? Wie ist die Aufteilung zwischen Männern und Frauen?
5. Welche konkreten beruflichen Perspektiven haben die Beschäftigten, deren Verträge nicht entfristet werden?
6. Werden die "freiwerdenden" Stellen neu besetzt? Wenn ja, wann, wie und in welchen Vertragsarten wird das geschehen? Wenn nein, wie soll das abgebaute Arbeitsvolumen umverteilt werden?

Antwort: zur Anfrage Linkes Bündnis vom 30.05.2007 nimmt die JobCenter ARGE Dortmund wie folgt Stellung:

Alle arbeitsorganisatorischen und konzeptionellen Überlegungen der ARGE verfolgen das Ziel, eingearbeitete, geeignete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglichst dauerhaft im JobCenter ARGE Dortmund zu beschäftigen.

In der ARGE arbeiten z.Z. 228 (vzv) befristet beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Insgesamt beschäftigt die ARGE 789 (vzv) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Aufgrund der Verhandlungen der Bundesagentur für Arbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit konnten für dieses Jahr 75 Etatisierungen, d. h. Entfristungen für Dortmund, umgesetzt werden.

Für alle unterjährig bzw. am Ende des Jahres auslaufenden Verträge wurde zudem die Möglichkeit der Vertragsverlängerung nach dem Teilzeitbefristungsgesetz oder mit sachlichem Grund eröffnet. Die entsprechenden haushalterisch notwendigen Ermächtigungen für 2008 ff. sind avisiert.

Für das Jahr 2008 sind weitere Etatisierungen in Aussicht gestellt worden.

Es trifft nicht zu, dass das Budget der ARGE ein Defizit ausweist.

Gez. Dr. Langemeyer

Kommentar: Weniger kann man nicht aussagen - "... die Möglichkeit der Vertragsverlängerung ... wurde eröffnet ..." Gefragt waren die realen Absichten vor dem Hintergrund der Entwicklung der Aufgaben der ARGE. Und gefragt waren konkrete Beschäftigtenzahlen, ihre Struktur und ihre Entwicklung. Die Antwort ist so defizitär, wie es das Budget aktuell sein kann, aber das wird ja bestritten.

## Zivil-militärische Zusammenarbeit im Bereich der Kommune

Anfrage: ... die Bundeswehr hat ihre zivil-militärische Zusammenarbeit neu geordnet und ein "territoriales Netzwerk" aufgebaut, das sich im Wesentlichen stützt auf - Streitkräfteunterstützungskommando (Köln-Wahn)

- vier Wehrbereichskommandos (Kiel, Mainz, Erfurt, München)
- 16 Landeskommandos (je Bundesland)
- 31 Bezirks- und 426 Kreisverbindungskommandos.

Der Aufbau der Landeskommandos soll im Juni 2007 abgeschlossen sein. Das Landeskommando für NRW wurde am 27. April d.J. in Dienst gestellt.

Die Bezirks- und Kreisverbindungskommandos stellen jeweils einen "Beauftragten der Bundeswehr für die Zivil-Militärische Zusammenarbeit" sowie einen "Beauftragten Sanitätsstabsoffizier für die Zivil-Militärische Zusammenarbeit Gesundheitswesen" ab, die nicht in einer militärischen Liegenschaft untergebracht sind, sondern in einem Büro der zugeordneten zivilen Behörde, um bereits im Grundbetrieb in das "kommunale Netzwerk Katastrophenhilfe" eingebunden zu sein.

Namens "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" frage ich, auch namens der Ratsmitglieder der "Linkspartei.PDS":

1. Welche institutionelle und organisatorische Basis hat der kommunale Katastrophenschutz?
2. Welche Personen und/oder Einrichtungen sind in ihm vertreten? Wer hat den Vorsitz inne? Welche Personen sind Reservisten der Bundeswehr?
3. Welche Bundeswehreinheiten und welche Reservistenkommandos sind im Einsatzfall in den kommunalen Katastrophenschutz eingebunden?
4. Für welche Einsatzfälle ist der kommunale Katastrophenschutz vorgesehen? Gehört die Abwehr von äußeren und/oder inneren Gefahren ("Terrorismus") dazu?

Antwort: Zu Frage 1: Die Führungsstruktur bei Großschadensereignissen, umgangssprachlich „Katastrophe“ genannt, orientiert sich an den gesetzlichen Vorgaben. Dies ist insbesondere das Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung NRW (FSHG) in seiner geltenden Fassung. Gemäß § 1 Abs. 3 leiten und koordinieren die Kreise und kreisfreien Städte den Einsatz bei Großschadensereignissen. Detailliert sind weitere Vorgaben im RdErl. "Krisenmanagement durch Krisenstäbe bei den Kreisfreien Städten, Kreisen und Bezirksregierungen bei Großschadensereignissen (§1 Abs. 3 FSHG) im Lande NRW" vom 14.12.2004 geregelt.

Gesamtverantwortlich im Falle eines Großschadensereignisses ist der Hauptverwaltungsbeamte. Ihm unterstehen gemäß o. g. Vorgabe zwei Stäbe: Der Führungsstab der Feuerwehr als operativ-taktische Komponente und der Krisenstab als administrativ-organisatorische Komponente. Beide Stäbe sind getrennt tätig und bilden keinen Gesamtstab, stehen aber in engem Austausch.

Die Leitung des Führungsstabes erfolgt durch die Amtsleitung der Feuerwehr. Die Leitung des Krisenstabes wird auf Dezernentenebene wahrgenommen. Zusätzlich sind im Krisenstab fast alle Fachbereiche der Stadt Dortmund auf Amtsleiterebene sowie externe Partner durch hochrangige Personen vertreten. Hinzu kommt Personal für Verwaltungs- und Organisationsaufgaben. Beide Stäbe treten im Schadensfall ad-hoc zusammen.

In beiden Stäben ist die Zahl der Mitglieder so bemessen, dass eine 24-stündige Handlungsfähigkeit sichergestellt ist. Beide Stäbe wurden im Vorlauf der Fußball-Weltmeisterschaft mehrfach beübt und ausgebildet. Auch nach der WM wird an der Weiterentwicklung der Führungsstrukturen gearbeitet, so dass sich dieser Aufbau auch bei der Bewältigung des Orkans „Kyrill“ im Januar 2007 bewährt hat.

Zu Frage 2: Die gesamtverantwortliche Leitung obliegt dem Hauptverwaltungsbeamten. Neben den stadt-eigenen Kräften werden im Bedarfsfall auch die im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen Arbeiter-Samariter-

Bund, Deutsche Lebensrettungsgesellschaft, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser-Hilfsdienst sowie das Technische Hilfswerk zur Schadensbeseitigung hinzugezogen. In besonderen Fällen kann die Stadt Dortmund im Rahmen der Amts- oder Katastrophenhilfe die Bundeswehr gemäß Art. 35 GG anfordern. Das betrifft ausschließlich die technische Hilfeleistung der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr. Die Schnittstelle stellt hierbei das Kreisverbindungskommando Dortmund dar, welches aus örtlich ansässigen Reservisten gebildet wird, die sich freiwillig für diese Verwendung gemeldet haben und diesen Dienst ehrenamtlich leisten.

Wenn der Führungsstab der Feuerwehr oder der Krisenstab zusammentreten, können in beiden Stäben Verbindungssoldaten des Kreisverbindungskommandos als Fachberater auf Anforderung der Leitung des Krisen- oder des Führungsstabes hinzugezogen werden.

Zu Frage 3: Im Großschadensfall formuliert die Stadt Dortmund die Form und den Umfang des Hilfeersuchens gegenüber dem Innenministerium NRW und dem Kreisverbindungskommando der Bundeswehr. Dieses leitet die Anforderungen der Stadt Dortmund an das Landeskommando NRW weiter. Auf dem Dienstweg der Bundeswehr werden dann Verfügbarkeit und Einsatz angeforderter Leistungen geprüft und entschieden. Grundsätzlich erfolgt der Einsatz nur mit Genehmigung des Innenministeriums NRW. Ausgenommen ist der Fall der dringenden Nothilfe, d. h. wenn in erheblichem Ausmaß unmittelbare Gefahr für Leben und Sachwerte besteht, kann der HVB direkt Hilfe bei Bundeswehreinheiten in der Region anfordern. Die Entscheidung trifft der örtliche Kommandeur. Die Hilfeleistung der Bundeswehr ist wie die des THW kostenpflichtig.

Zu Frage 4: Rechtsgrundlage in Nordrhein-Westfalen für die Handlungen von Feuerwehr und Katastrophenschutz ist das Gesetz über Feuerschutz und Hilfeleistung (FSHG). Gemäß § 1 Abs. 1 FSHG werden die Feuerwehren tätig, um Schadenfeuer zu bekämpfen sowie bei Unglücksfällen und solchen öffentlichen Notständen Hilfe zu leisten, die durch Naturereignisse, Explosionen oder ähnliche Vorkommnisse verursacht werden. Sind bei derartigen Einsätzen Leben oder Gesundheit zahlreicher Menschen oder erhebliche Sachwerte gefährdet und erfordert die Bewältigung der Einsatzlage einen erheblichen Koordinierungsbedarf durch eine rückwärtige Unterstützung der Einsatzleitung, so handelt es sich um ein Großschadensereignis (Katastrophe).

Die Ursache des Großschadensereignis ist dabei sekundär. Zum Beispiel sind die Auswirkungen einer bewusst herbeigeführten Explosion (Anschlag) vergleichbar mit denen einer durch einen technischen Defekt entstandenen. Aufgabe von Feuerwehr und Rettungsdienst sowie den im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen und Einrichtungen ist dabei die Schadensbekämpfung, wohingegen die Täterfeststellung und Ermittlung von Straftatbeständen Aufgabe der Polizei ist. § 11 Abs. 1 des Zivilschutzgesetzes vom 25. März 1997 (BGBl. I 1197, S. 726 ff.) regelt zudem, dass die genannten Behörden (in Dortmund der HVB) sowohl im Katastrophen- als auch im Verteidigungsfall für die Gefahrenabwehr zuständig sind.

Kommentar: Eine ungewohnt detaillierte Auskunft. Sie referiert aber lediglich die Papierlage und antwortet nicht auf die politische Fragestellung - (vgl. DGB-Vorsitzender Sommer: Werden zukünftig auch gewerkschaftliche Demonstrationen militärisch begleitet, z.B. von Tornados im Tiefflug "beobachtet"?) Die entsprechende mündliche Nachfrage zur Lage in Dortmund wurde nicht beantwortet - die Entscheidung liege nicht in der Verantwortung der kommunalen Politik ...

Hinweis zu Seite 6: Sie enthält die Einladung zum UZ-Pressesfest und das Programm der "Perle vom Borsigplatz" - das ist getrennt auf der Hauptseite zu finden